

HELFEN statt abkassieren

Die steirische KPÖ rechnet genau ab

Seite 2-3



Der Herbst bescherte uns in der Steiermark viele sonnige Tage. Jetzt versprechen uns die Parteien das Blaue vom Himmel, es ist Wahlkampf. Wer wird sie nach der Wahl daran erinnern, wenn nicht die KPÖ?

Landtagswahl Steiermark 24. November 2019

IN DER STEIERMARK  KPÖ

KPÖ

ZITIERT



„Unser Problem ist nicht Politik-Verdrossenheit sondern Korruptions-Gelassenheit“.

Aus dem Standard-Forum, 7.9.2019.

„Das Ergebnis der Nationalratswahl zeigt deutlich, dass die KPÖ kein Selbstläufer ist. Wenn man die KPÖ im Landtag haben will, muss man auch KPÖ wählen“.

Robert Krotzer, Kleine Zeitung, 1.10.2019.

„Negative Zinsen sind die Folge und nicht die Ursache einer gestörten Marktwirtschaft.“ Makroskop, 110.2019.

„Aus Österreich wurden 2016 rund 4,8 Mrd. Euro an un- versteuerten Gewinnen ins Ausland transferiert, wodurch dem Staat eine knappe Milliarde Euro an Einnahmen entgangen ist.“ Kontrast.at, zitiert nach Nachdenkseiten.at, 2.10.2019.

„Wir lehnen Herrn Borrell als Außenbeauftragten ab. Er wird nicht für Abrüstung und Frieden eintreten, sondern die Rüstungslobby und die EU als Großmacht fördern.“ Özlem Demirel, EU- Abgeordnete (Linke), 7.10.2019.

Die Sozialdemokratie hat sich von jenen entfernt, für die sie da sein soll. Und jetzt laufen ihr die Wähler in unterschiedliche Richtungen davon.“ Tobias Moretti, Kleine Zeitung, 6.10.2019.

LANDTAG: WAS DIE KPÖ-ABGEORDNETEN MIT IHREN GEHÄLTER

KPÖ-Landtagsabgeordnete ziehen Bilanz

Seit Ernest Kaltenegger 1998 in Graz zum Stadtrat gewählt wurde, wird bei der KPÖ ein Großteil der Politikerbezüge für Menschen in Notlagen verwendet. Das wird bis heute so gehalten. Die beiden Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg behalten sich 2300 Euro (netto).

Mit dem „Rest“ – also dem Großteil des Bezugs – wurden im Laufe der Jahre (2005 bis 2010 hatte die KPÖ vier Abgeordnete) 5947 Steirerinnen und Steirer unterstützt (Stand: 1. September 2019). So sind insgesamt 1.165.159,50 Euro zusammengekommen. Die Unterlagen darüber werden jedes Jahr offengelegt und sind einsehbar.

„Unsere Türen stehen immer offen. Es geht gar nicht immer um Geld, oft hilft auch eine Beratung weiter“, betont Claudia Klimt-Weithaler. Gerade bei unvorhergesehenen Problemen, wenn zum Beispiel aufgrund eines Pflegefalls in der Familie die bisherige Arbeit nicht mehr ausgeübt werden kann, fehlt oft

eine unbürokratische Hilfe zur Überbrückung, aber auch ein Überblick über Angebote und Möglichkeiten. In solchen Fällen springt die KPÖ oft ein.

Zwei aktuelle Beispiele zeigen, wie das Geld verwendet wird:

Im August kam **Frau N.**, eine Alleinerzieherin und LKW-Fahrerin aus der Obersteiermark, in den Landtagsklub. Sie hatte ohne eigenes Verschulden ihren Arbeitsplatz als LKW-Fahrerin verloren. Obwohl sie schnell wieder eine neue Stelle gefunden hatte, wurden ihr vom AMS für vier Wochen alle Leistungen gestrichen – wobei das Problem mehr bei der alten Firma als bei ihr lag. Durch die neue Stelle gab es zwar bald wieder ein Ein-

kommen, aber die vier Wochen ohne Arbeitslosengeld waren eine große Herausforderung. Die KPÖ sprang bei der Miete ein und konnte so verhindern, dass die Frau und ihr zwölfjähriger Sohn einen Mietrückstand auf türmen, der dann schwer abzubauen ist.

Ende September kam die südsteirische **Familie U.** in die Sprechstunde. Die Mutter arbeitet als Reinigungskraft, der Vater ist aufgrund einer schweren Erkrankung in I-Pension. Eines der beiden Kinder hat eine körperliche Behinderung, wegen der es in der Schule öfter gehänselt wird. Darunter leiden auch die schulischen Leistungen. Trotz ihrer angespannten finanziellen Situation haben die Eltern Nachhilfestunden organisiert, die sie in Raten abbezahlen. Claudia Klimt-Weithaler hat bei einer großen Hilfsorganisation um Hilfe für die Familie angesucht und selbst etwas zu den Nachhilfestunden dazugezahlt. Die gute Nachricht: das Kind hat



RUNTER MIT DEN POLITIKER-GEHÄLTERN

STEIRISCHE
Volksstimme

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrengasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. Verlags- und Herstellungsort: m4, Graz. Tel. 0316 / 877-5102. Fax 0317 / 877-5108. E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at // DVR: 0600008
Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

N MACHEN nete



Die soziale Kraft im steirischen Landtag: Statt leerer Worte gibt es bei Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg konkrete Hilfe.

beide Nachprüfungen bestanden und konnte in die nächste Klasse aufsteigen.

Der Gehaltsverzicht hat auch einen politischen Hintergrund: „Wer von einem geringen oder auch durchschnittlichen Ein-

kommen leben muss, hat oft Sorgen, die viele in der Politik gar nicht mehr nachvollziehen können. Deshalb blenden viele aus, dass es mittlerweile auch für Vollzeit-Erwerbstätige schwer ist über die Runden zu kommen“, sagt Claudia Klimt-Weithaler.

HELFEN STATT ABKASSIEREN

Die Einkommen in der Politik sind sehr hoch. Der Landeshauptmann verdient 17.000 Euro brutto, 14 Mal pro Jahr. Wir sagen: Abgehobene Gehälter führen zu abgehobener Politik. Deshalb gilt bei der KPÖ eine Obergrenze von 2.300 Euro. Der Rest wird verwendet, um Menschen in Notlagen unbürokratisch zu helfen.

Bisher summierten sich Bisher summierten sich, zusammen mit den anderen Mandatarinnen und Mandataren der KPÖ über zwei Millionen Euro, mit denen wir über 16.000 Steirerinnen und Steirer unterstützen konnten.

IN DER STEIERMARK 

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

KPÖ im Landtag

Eine wichtige Stimme



Viele Menschen trauen der Politik nicht mehr. Das liegt nicht nur an Korruptions- und Spendenskandalen. Vor jeder Wahl hört man von allen Parteien große Versprechungen, die nach der Wahl genauso schnell wieder in der Schublade verschwinden.

Wer die KPÖ kennt, weiß: Wir sind für die Menschen da, die keine Lobby haben. Es gibt keine anonymen Geldgeber, die uns vorschreiben, für wen wir unsere Politik machen. Wir sind den arbeitenden Menschen verpflichtet und drehen unsere Fahne nicht nach dem Wind. Was wir vor der Wahl sagen, gilt auch nach der Wahl. Deshalb haben wir auch als kleine Partei im Landtag viel erreicht, unter anderem beim Pflegeregress und bei der Wohnbeihilfe.

Die Landespolitik ist oft weit entfernt von den Problemen der Bevölkerung. Die Regierungsspitze verdient sehr viel Geld. Da fehlt das Gespür für Menschen, die von einem normalen Einkommen leben müssen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass eine Partei wie die KPÖ weiter im Landtag vertreten ist. Dabei kommt es aber auf jede Stimme an. Bei der letzten Wahl war unser Ergebnis sehr knapp. Ob die großen Parteien einen Sitz mehr oder weniger haben, ändert nichts an der Politik. Die KPÖ würde aber fehlen. Deshalb bitte ich Sie in der Steiermark um Ihre Stimme für die KPÖ.

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877-5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

Die Spitzeneinkommen der Landespolitiker

Funktion	brutto monatlich
Landeshauptmann	€ 16.636
Landeshauptmannstellvertreter	€ 15.760
Mitglied der Landesregierung	€ 14.885
Erste Landtagspräsidentin	€ 11.820
Klubobmann eines Landtagsklubs	€ 10.945
Abgeordnete zum Landtag	€ 5.691



KLEIN, aber MIT BISS

Der Landeshauptmann hat die Wahlen auf Ende November vorverlegt. Er hat wohl gedacht er kann mich austricksen, weil ich da im Winterschlaf bin.

Keine Garantie für Spitäler

Eine große Mehrheit der Bevölkerung erteilt der Schließung der Spitäler im Bezirk Liezen eine Absage. Dennoch soll nach dem Willen der Landesregierung an deren Stelle in Stainach-Pürgg ein „Leitspital“ errichtet werden.

Das Leitspital in Stainach-Pürgg scheint aus technischen und finanziellen Gründen zu scheitern. Während Landesrat Drexler daran festhält, bremste der Landtag im September die Regierung.

Die KPÖ sieht darin eine Chance für einen Neuanfang der Spitalsreform. Diese müsse, so KPÖ-LAbg. Werner Murgg, auf dem Boden der Volksbefragung durchgeführt werden. Denn der mehrheitlich gefasste Beschluss, die Pläne der ÖVP zu überdenken, enthält keine Garantie für die derzeitigen Standorte. Insbesondere für Bad Aussee und Schladming wird im Antrag keine Garantie abgegeben. Im Antrag heißt es nur schwammig, dass die „Versorgungsleistungen

an den bestehenden Standorten Schladming und Bad Aussee zu adaptieren“ sind. Das kann auch bedeuten, dass die Spitäler geschlossen und durch Primärversorgungszentren ersetzt werden, warnt die KPÖ. Eine Grundversorgung rund um die Uhr wäre damit nicht mehr gegeben. Deshalb hat die KPÖ auch nur für Teile des Antrags gestimmt.

„Die Beschlüsse des Landtags bremsen das Millionengrab Stainach-Pürgg, aber sie garantieren nicht die bestehenden Standorte. Der Kampf um die Spitäler ist damit leider nicht beendet“, so Murgg.

Ein unmissverständlich formulierter Antrag der KPÖ, in dem eine Neuplanung der Spitalsversorgung unter Berücksichtigung



des Ergebnisses der Volksbefragung gefordert wurde, wurde von SPÖ und ÖVP

abgelehnt. Die KPÖ lehnt die geplanten Privatisierungen im Gesundheitswesen ab.

Das Leben ist zu teuer. Gebührenstopp!



Protest gegen Teuerung

„Steigende Wohn- und Lebenskosten bereiten den Menschen große Sorgen.“ Aus diesem Anlass protestiert die KPÖ unermüdlich gegen die Teuerung. Die Grazer Stadträtin Elke Kahr, Stadtrat Robert Krotzer und KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler, marschierten, unterstützt von vielen Grazerinnen und Grazern, in Warnwesten vom Lendplatz zum Jakominiplatz.

Ständig werden die Gebühren für Müll und Kanal sowie der Öffi-Tarife erhöht. Dabei wäre es durchaus möglich, die Gebührenerhöhungen auszusetzen. Egal, ob Schwarz-Rot oder Schwarz-Blau, die Landesregierung nimmt keine Rücksicht auf die Bevölkerung.

WOHNEN: Förderung für „Investoren“ statt leistbare Wohnungen

Der Landtag hat am 15. Oktober 2019 ein neues Wohnbauförderungsgesetz beschlossen. Darin werden besonders für Investoren und Anleger günstige Regelungen getroffen. Die KPÖ hat gegen das Gesetz gestimmt. Sie befürchtet, dass damit noch mehr Wohnungen errichtet werden, die am tatsächlichen Bedarf vorbei errichtet werden.

Diese Wohnungen dienen nicht dazu, erschwinglichen Wohnraum für die Steirerinnen und Steirer zu ermöglichen. Sie sollen stattdessen durch Steu-

ervorteile Anlegern helfen, ihr Ersparnis gewinnbringend anzulegen. Diese Blase wird aber eines Tages platzen und dann könnten die – meist sehr kleinen – Wohnungen stark an Wert verlieren.

KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: „Sinnvoller wäre es, bei der Förderung den Bedarf zu prüfen und zu fördern, was die Menschen für den eigenen Wohnbedarf benötigen. Wer genug Ersparnis hat, um ohne Kredit eine Wohnung zu kaufen, muss nicht mit öffentlichen Mitteln gefördert werden.“



Es wird viel gebaut weil Immobilien eine der wichtigsten Formen der Kapitalanlage geworden sind. Über die Miete sollen die Menschen die Profite zahlen.

Erschwingliches Wohnen

Ein Zuhause zum Wohlfühlen ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Die Kosten dafür steigen aber enorm: Um 24 Prozent sind die Mieten in der Steiermark innerhalb der letzten 10 Jahre gestiegen.

Dazu kommen ständig steigende Tarife für Strom, Heizung und Betriebskosten sowie hohe Maklerprovisionen und Kauttionen. Immer mehr Menschen müssen 40 oder gar 50 Prozent ihres Einkommens für das Wohnen aufbringen, während die Profite der Immobilienbranche und von Spekulanten immer weiter steigen.

Für leistbares Wohnen braucht es Taten statt schöner Worte und leerer Wahlversprechen.

Im Rahmen der Tagung „Schöner Wohnen“ in Graz befasste sich die KPÖ unter Beiziehung namhafter Experten mit den Möglichkeiten einer Verbesserung der Wohnsituation in der Steiermark.



LANDTAGSWAHL 2019

KPÖ-LAbg. Werner Murgg

Nicht für dumm verkaufen lassen!



Erinnern wir uns an die Landtagswahl im Mai 2015. Franz Voves wurde Erster. Dann hat er den Landeshauptmann an die ÖVP verschenkt. Wer die Politik der SPÖ im Landtag während der letzten viereinhalb Jahre aufmerksam verfolgt hat, käme nicht auf die Idee, dass es sich dabei um den Wahlsieger von 2015 gehandelt hat.

Die Linie gibt Landeshauptmann Schützenhöfer vor, die Sozialdemokratie spielt das Beiwagerl. Schickhofer & Co. haben alle Streichorgien der Landesschwarzen willfährig mitgetragen: Verschlechterungen bei der Wohnbeihilfe, Zusperrungen vieler Volksschulen, Schließung von Spitalsabteilungen, ja ganzer Spitäler.

Gegen den 12-Stunden-Arbeitstag im Landtag zu protestieren hat sich die SPÖ nicht getraut. Da lässt man sich lieber über viereinhalb Jahre von der ÖVP im Landtag vorführen, statt wenigstens einmal Flagge zu zeigen. Nun posaunt Schickhofer jede Woche eine neue Forderung hinaus, die er nach der Wahl gerne umsetzen würde.

Warum hat er das bisher nicht gemacht? Schließlich ist die SPÖ im Landtag stärkste Kraft. Lassen Sie sich bitte nicht für dumm verkaufen. Wie 2015 gilt auch diesmal: Wer SPÖ wählt, bekommt Schützenhöfer!

Werner Murgg
KPÖ-Landtagsabgeordneter
Tel. 03842 / 22670



Raumplanung und Baugesetz:

Absage an Umwelt- und Klimaschutz

Flächenverbrauch und Bodenversiegelung sind ein massives Problem in der Steiermark. Was sich für die Bauwirtschaft kurzfristig positiv auswirkt, ist für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung katastrophal.

SPÖ und ÖVP wollen dennoch zwei Gesetze beschließen, die weder der Vernichtung von Grünraum einen Riegel vorschieben, noch dem Klimaschutz Rechnung tragen. KPÖ-LAbg. Werner Murgg warnt davor, die Gesetze voreilig durch den Landtag zu peitschen.

Die Entwicklung von Siedlungen „auf der grünen Wiese“ ist leider nach wie vor möglich. Die Anzahl brachliegender Gebäude nimmt zu und die Ortskerne veröden. Eine zerstreute Siedlungsstruktur erhöht nicht nur die Kosten der Gemeinden für Infrastruktur, sondern führt zu starker Abhängigkeit vom Auto: Der Weg ins nächste Geschäft, in die Arbeit und zur Schule, zum



Das Klima kann man nicht wählen. Aber eine Partei, die sich um Umweltschutz kümmert. Die KPÖ.

Arzt und zum Bahnhof sind sonst kaum noch möglich. Das Bauen von Einkaufs- und Fachmarktzentren außerhalb der Ortskerne verstärkt die Problematik.

„Leider berücksichtigen die vorliegenden Entwürfe für das Baugesetz und die Raumordnung diese Aspekte viel zu wenig. Ein Beschluss durch den Landtag ohne grundlegende Überarbeitung kommt einer Absage an alle Umwelt- und Klimaschutzmaß-

nahmen, von denen derzeit alle so gerne reden, gleich“, kritisiert KPÖ-LAbg. Werner Murgg.

Täglich verschwindet in der Steiermark die Fläche von drei Fußballplätzen unter Beton. Gleichzeitig stehen in Österreich 50.000 Wohn- und Geschäftsimmobilien leer. Ein wesentlicher „Flächenfresser“ sind Einkaufszentren. Österreich weist mittlerweile eine rekordverdächtig hohe Dichte an Einkaufszentren und Fachmarktzentren auf. Für Parkplätze wird Boden großflächig versiegelt. Werden Hallen und Gewerbeanlagen nicht mehr genutzt, müssen sie nicht abgerissen werden.

Die KPÖ schlägt vor:

- Kfz-Stellplätze sollen nur mehr ohne Bodenversiegelung, d.h. versickerungsfähig, errichtet werden dürfen.
 - Baugenehmigungen für Gewerbehallen, Einkaufszentren und Industrieanlagen dürfen nur unter der Auflage erteilt werden, dass sie am Ende ihrer Nutzungsdauer vom Eigentümer zurückzubauen sind.
 - Ein Förderungsprogramm soll die Umstellung bestehender Heizungen mit fossilen Brennstoffen erleichtern.
- Der Antrag wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt, Zustimmung kam von den Grünen.



JEDES 5. KIND
IN DER STEIERMARK IST
ARMUTSGEFÄHRDET!

KINDERARMUT
ABSCHAFFEN!

KPÖ

Die KPÖ kämpft für die Familien.



~~KPÖ~~

Steiermark: Weniger Platz für Kinder

Kindergartengesetz weder für Kinder noch für Beschäftigte ein Fortschritt

Der steirische Landtag hat im Oktober ein neues Kindergartengesetz beschlossen. Von den großen Ankündigungen im Vorfeld ist nicht viel übergeblieben. Im Gegenteil, das Gesetz ist eine Ansammlung vergebener Chancen.

Claudia Klimt-Weithaler,

selbst ausgebildete Elementarpädagogin, nannte das Gesetz eine „Ansammlung vergebener Chancen“, denn die Situation der Beschäftigten ist unbefriedigend. Eine Untersuchung der Arbeiterkammer ergab, dass 30 % der befragten PädagogInnen Burnout-gefährdet sind, weitere

21,8 Prozent sind in einer niedrigen Burnout-Stufe und etwa 3 Prozent bereits arbeitsunfähig. Als Hauptgründe für die Überlastung wurden angegeben: zu wenig Personal, nicht genügend Vorbereitungszeit, Mehrarbeit und Überstunden.

Das sollte sich durch das neue Gesetz eigentlich ändern – geschehen ist aber nichts dergleichen, kritisiert Klimt-Weithaler (KPÖ): „Einiges wird sogar schlechter, den Kindern steht beispielsweise viel weniger Platz zur Verfügung als bisher. Die Gruppen gehören dringend verkleinert. Der Berufsverband macht darauf aufmerksam, dass die Spannungen zunehmen. Das ist weder für die Kinder gut, noch für die Beschäftigten.“



Die Elementarpädagogin Mina Naghibi kandidiert auf Platz 3 der Grazer KPÖ-Liste. Sie arbeitet in einer Kinderkrippe und hat selbst ein zweijähriges Kind. „Die Rahmenbedingungen in der Elementarpädagogik stimmen nicht. Die Probleme werden von der Politik nicht wahrgenommen. Beim neuen Kindergartengesetz wurde genau das Falsche gemacht. Die KPÖ ist die einzige Partei, die sich seit Jahren für wirkliche Verbesserungen im Interesse der Kinder einsetzt.“



Es braucht nicht nur mehr Kindergartenplätze, sondern auch solche mit Qualität.

Landtagswahl: Diese Wahl sollten Sie nicht versäumen!

Wenn sich die Großparteien Vorteile versprechen, lassen sie früher wählen als vorgesehen. So auch in der Steiermark: Die Landtagswahl wurde auf 24. November 2019 vorgezogen. Wählen kann man aber auch schon am Freitag, 15. November, dem „vorgezogenen Wahltag oder per Briefwahl.“

Die KPÖ steht für die arbeitenden Menschen und die Absicherung des Sozialsystems.

So wählen sie richtig

Bei dieser Wahl wird es für die KPÖ ganz knapp. Wenn Sie wollen, dass die KPÖ im Landtag bleibt, bitten wir Sie, am 24. November Liste 5, KPÖ zu wählen.



Man hat das Gefühl, die Großparteien wissen nicht so recht, was sie wollen. Aber wenn sie das Gefühl haben, der Zeitpunkt wäre für sie günstig, verschieben sie die Wahl nach Gutdünken. Ob vor der Wahl oder nach der Wahl:

IN DER STEIERMARK ~~KPÖ~~

Weniger Geld für Frauen



In der Steiermark verdienen Frauen um durchschnittlich 21,4 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen – bei gleichen Aufgaben und gleicher Leistung. Das wirkt sich auch bei den Pensionen aus: Frauen sind viel öfter von Armut im Alter betroffen. Das darf nicht so bleiben, sagt KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler. Die KPÖ machte in der Grazer Herrengasse darauf aufmerksam. Die Ungerechtigkeit bei den Einkommen muss sich endlich ändern!

So geht die KPÖ in die Landtagswahl

Claudia Klimt-Weithaler führt Liste der KPÖ an: „Positive Veränderungen im Land sind möglich – mit einer starken KPÖ im Landtag.“

Am 5. Oktober stellte die steirische KPÖ ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahl am 24. November vor. Außerdem wurde das Programm präsentiert. Schwerpunkte sind Gesundheit, hohe Lebenskosten sowie Vorschläge für eine lebenswerte Steiermark, in der die Umwelt und soziale Errungenschaften nicht Profitinteressen zum Opfer fallen.

Spitzenkandidatin der KPÖ ist die Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler. Sie wurde mit 98 % der abgegebenen Stimmen bestätigt. Auf den folgenden Plätzen kandidieren der Landtagsabgeordnete Werner Murgg und die Knittelfelder Stadträtin Renate Pacher. Mit Alexander Melinz und Daniela Katzensteiner finden sich auf den vorderen Plätzen zwei neue und junge Kandidatinnen und Kandidaten.

„Gemeinsam werden wir für leistbares Wohnen, gute Gesundheitsversorgung und soziale Gerechtigkeit kämpfen. Es kommt auf jede Stimme an, damit die KPÖ eine starke Stimme im steirischen Landtag für alle ohne finanzstarke Lobby bleibt!“, so Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler.



Die Landesliste der KPÖ

1. Claudia Klimt-Weithaler, Landtagsabgeordnete
2. Werner Murgg, Landtagsabgeordneter
3. Renate Pacher, Stadträtin
4. Alexander Melinz, Angestellter
5. Daniela Katzensteiner, Angestellte
6. Jakob Matscheko, Angestellter
7. Gabi Leitenbauer, Vizebürgermeisterin
8. Walter Weiss, Chemiker
9. Hilde Tragler, Arbeiterin, Betriebsrätin
10. Josef Meszlenyi, Nebenerwerbs-Weinbauer

Wahl in der Steiermark

Was man wissen muss. 48 Landtagsmandate werden in vier unterschiedlich großen Wahlkreisen gewählt.

Nur wer in mindestens einem Wahlkreis ein Grundmandat schafft wird bei den Reststimmen für weitere Mandate berücksichtigt. Für die KPÖ wird es knapp, jede Stimme ist wichtig!



Aus Prinzip.

Für die Menschen, nicht des Geldes wegen.

Eine wichtige Stimme der Vernunft

Seit Jahren betreibt des Land Steiermark seine Sparpolitik auf dem Rücken der kleinen Leute. Die KPÖ leistet Widerstand gegen dem Kahlschlag: Hilf mit, verändere das Land, weil du es kannst: Mit deiner Stimme für die KPÖ.

Arbeit & Wohnen

Die Löhne bleiben hinter der Teuerung zurück, die Arbeitslosigkeit steigt. Wer Arbeit hat, lebt in der Angst, sie zu verlieren.

Die KPÖ fordert eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn – als ersten

Schritt für eine gerechte Umverteilung. Das Wohnen wird immer teurer. Obwohl viel gebaut wird, stehen viele Wohnungen leer. Die KPÖ will fixe Mietzinsobergrenzen und die Abschaffung der Maklerprovision für Mieter.



Gesundheit ist keine Ware

Zwei-Klassen-Medizin, lange Wartezeiten, Pflegenotstand, massiver Arbeitsdruck auf die Beschäftigten. Das ist in der Steiermark trauriger Alltag. So darf es nicht weitergehen.

Die KPÖ setzt sich ein für den Erhalt der Spitäler, für mehr Kassenzärzte, für mehr Personal und für einen Abbau der Wartelisten auf Operationen.



Grünraum statt Betonwüste



Die Umweltkrise verschärft sich. Hitze und Trockenheit werden immer unerträglicher. In der Steiermark wird täglich die Fläche von drei Fußballplätzen zubetoniert – das verstärkt die Hochwassergefahr. Die Steiermark ist immer häufiger von Ernteaussfällen betroffen.

Die KPÖ setzt sich für sanfte Mobilität, einen gut ausgebauten, leistbaren öffentlichen Verkehr und mehr Vernunft in der Raumplanung ein.



„Der Landeshauptmann kann sich nach der Wahl aussuchen, mit wem er eine Regierung bildet. Ob Rot, Schwarz oder Blau ein Mandat mehr oder weniger haben, spielt dabei keine Rolle.“

Aber ob die KPÖ weiterhin im steirischen Landtag vertreten ist oder nicht, macht einen großen Unterschied. Wer stellt sich dann gegen die explodierenden Lebenskosten, den Abbau des Sozial- und Gesundheitssystems und verantwortungslose Großprojekte? Mit der KPÖ würde eine wichtige Stimme der Vernunft verloren gehen. Deshalb bitte ich Sie, am 24. November der KPÖ Ihre Stimme zu geben.“

Ernest Kaltenegger



Wir stehen dazu:
Unsere Spitäler
müssen bleiben!

WERNER MURGG

KPÖ

Glaubwürdigkeit kann man wählen

IN DER STEIERMARK KPÖ

LANDTAGSWAHL 24. NOVEMBER 2019: DIE SPITZENKANDIDATIN DER KPÖ

»Ein Blatt vor den Mund nimmt sich die Claudia nicht«



Klimt-Weithaler (links) bei einem Auftritt des „Brechtigen Theaters“



Im Kindergarten beeindruckte sie als Feuerspuckerin

Dass sie hinschaut, wenn es Probleme gibt, dass sie zuhört und zutraut – das ist, was Claudia Klimt-Weithaler ausmacht. Ihre Wurzeln, denen sie treu geblieben ist, erklären warum.

Der „Papa hat bei der VÖEST gearbeitet, die Mama war Hausfrau – ganz klassisch“, erzählt Claudia Klimt-Weithaler. Sie wird 1971 in eine Fohnsdorfer Arbeiterfamilie geboren. Der Zusammenhalt der einfachen Menschen ist, was sie bis heute prägt. Sie erinnert sich an die Mütter und Kinder, die gemeinsam die Kohle in die Keller schaufeln, die die VOEST den Familien ihrer Mitarbeiter zur Verfügung stellt, und die Weihnachtspackerl, die die Kinder bekommen haben. „Die sind über die Jahre immer kleiner geworden“, sagt sie, „ganz im Gegensatz zu den Vorstandsgehältern“.

„Aber Sie sind ja eine Frau“

Claudia ist ein braves und ruhiges Kind. Richtig ärgerlich wird sie nur, wenn jemand schlecht behandelt wird. Den konsequenten Geist hat sie von ihrer Oma Gertrude vererbt bekommen. „Sie war die erste Kranführerin in der österreichischen Industrie“, erinnert sich Klimt-Weithaler. Sie hatte vier leibliche und zwei Pflegekinder. Da war es nötig, dass auch sie arbeiten geht. Als eine Kranführerstelle in der VOEST ausgeschrieben war, ging sie kurzerhand ins Personalbüro, um sich zu bewerben. „Aber Sie sind ja eine Frau“, sagte der Mann in der Personalabteilung. „Ich weiß“, sagte Frau Weithaler. Die Arbeit hat sie bekommen.

„Ob etwas geht oder nicht, zeigt sich erst, wenn man es probiert.“

Das ist, was ich von der Oma gelernt hab“, sagt Claudia Klimt-Weithaler. Die Einsicht, dass es darum geht, sich selbst etwas zuzutrauen, wird sie durch ihr Leben begleiten.

Sie besucht die Schule für Kindergartenpädagogik in Judenburg. Eine Stelle in Zeltweg bekommt sie nicht – weil sie mit einem kommunistischen Ehepaar befreundet ist und im „Brechtigen Theater“ spielt, erfährt sie erst viel später.

Alleinerziehend, arbeitend, politisch aktiv

Ihr Weg führt sie nach Graz, wo sie Vollzeit in einem Kindergarten arbeitet und dennoch ein Pädagogik-Studium beginnt und sich für die KPÖ engagiert. „Das war immer schon die Partei, die sich ehrlich für die Leute einsetzt“, sagt sie. Sie heiratet und wechselt in die Erwachsenen-Bildung. „Dort habe ich versucht, Frauen klarzumachen, dass sie vieles erreichen können, wenn sie es sich selber auch zutrauen“, erzählt sie.

Ihre beiden Töchter kommen 1997 und 2001 zur Welt. Als ihre Stelle nicht verlängert werden kann, ergreift sie die Gelegenheit und arbeitet an der Gründung eines Kindergartens mit. „Kinder lernen am besten in der Gemeinschaft“, sagt sie.

Als Ernest Kaltenegger und Elke Kahr sie 2005 fragen, ob sie weit vorne für die KPÖ kandidieren will, ist sie erst baff. Sie traut es sich aber zu. Erstmals seit 1970 zieht die KPÖ wieder in den steirischen Landtag ein, Klimt-Weithaler wird eine von vier Abgeordneten.

Beim Modellino arbeitet sie weiter für 20 Stunden, ihre Kinder erzieht sie nach der Scheidung 2008 allein, das Arbeitspensum im Landtag ist hoch. „Das schlechte Gewissen begleitet einen“, sagt



Claudia Klimt-Weithaler mit ihren mittlerweile erwachsenen Töchtern.

Klimt-Weithaler – „gegenüber den Kindern, weil man viel arbeitet, gegenüber den Kolleginnen in der Arbeit, weil man sich im Landtag reinhängt, gegenüber den Kollegen im Landtag, weil man die Kinder und auch den Beruf nicht vernachlässigen will.“

In der Sache hart

Fünf Jahre später zieht sich Kaltenegger aus der Politik zurück. Claudia Klimt-Weithaler folgt ihm als Spitzenkandidatin nach. Die Medien mutmaßen, dass es die KPÖ nicht noch einmal in den Landtag schafft. „Unsere Stärke ist, dass wir zusammenhalten“, sagt sie. Der Wiedereinzug gelingt. Claudia Klimt-Weithaler wird Klubobfrau.

„Ein Blatt von den Mund nimmt sich die Claudl nicht“, sagt ein Wegbegleiter. Sie liest der Landesregierung die Leviten, wenn die Schul- und Spitalsschließun-

gen, Kürzungen im Gesundheits-, Jugend-, Behinderten- und Sozialbereich oder zuletzt Verschlechterungen in den Kindergärten durchziehen will. Ihre Wortmeldungen sorgen in der Landstube dafür, dass die gehört werden, die sonst keine Lobby haben. In der Sache ist sie hart, untergriffig wird sie aber nicht. Nur einen Ordnungsruf hat Klimt-Weithaler in 15 Jahren im Landtag erhalten. „Das war, weil ich gesagt habe, die Landesregierung würde die Bevölkerung anlügen“, erinnert sie sich.

In der Sache zurückstecken kommt für Klimt-Weithaler nicht infrage. Wenn es wo ungerecht zugeht, schaut sie nicht weg, macht es zum Thema. Das macht sie mit Leidenschaft und mit Nachdruck, „weil man sich gegenseitig nicht im Stich lasst“, sagt sie ganz selbstverständlich – ganz das Fohnsdorfer Arbeiterkind.

»Jede einzelne Pflegekraft leistet mehr für die Gesellschaft als alle Investmentbanker zusammen!«

CLAUDIA KLIMT-WEITHALER

KPÖ

Das WAHLPROGRAMM der KPÖ für die Landtagswahl am 24. November. Bestellung bei der KPÖ, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Tel. 0316/712479. Es gibt auch eine Leicht-Lesen-Fassung, die ebenfalls bestellt werden kann. Beide Fassungen können online unter www.kpoe-steiermark.at abgerufen werden.

DIE KPÖ, EINE NÜTZLICHE PARTEI FÜR DAS TÄGLICHE LEBEN

KPÖ

VORSCHLÄGE FÜR EINE SOZIALE UND LEBENSWEITERE STEIERMARK

— WAHLPROGRAMM DER KPÖ —

EINE ANDERE WELT IST MÖGLICH

WENN DU ES WILLST ...

LEICHTLESEN-VERSION



Die Steirerkrone berichtet 2005 über den sensationellen Einzug der KPÖ in den Landtag

ZEITUNG FÜR EINE FORTSCHRITTLICHE PFLEGE

ANFANG 2009

Mehr von uns ist besser für alle!

PFLEGE IN BEWEGUNG

Jetzt kostenlos bestellen unter: pflege@kpoe-steiermark.at oder 0316 / 71 24 79.

Beschränkung der Wahlkampfkosten

Im steirischen Landtag wurde beschlossen, dass die Wahlkampfkosten bei Landtagswahlen künftig eine Million Euro pro Partei nicht mehr übersteigen dürfen. Auf Drängen der KPÖ wurde die ursprünglich vorgesehene automatische jährliche Erhöhung dieses Betrags fallengelassen. Dadurch wird verhindert, dass der Betrag von Wahl zu Wahl automatisch ansteigt. Bei Überschreitung des Kostenlimits sind Strafzahlungen vorgesehen. Damit bekam ein Antrag, den die KPÖ seit 2009 und danach immer wieder eingebracht hat, endlich eine Mehrheit.

**WAHLKREIS 1
Graz und GU**



Elke Kahr
KPÖ Stadträtin in Graz

Es geht um die Zukunft

Die arbeitenden Menschen trauen der Politik nicht mehr. Das liegt nicht nur an Korruptions- und Spendenskandalen. Die Wahlversprechen der großen Parteien sind schnell vergessen.

Wer die KPÖ kennt, weiß: Wir sind für die Menschen da. Es gibt keine anonymen Geldgeber. Was wir vor der Wahl sagen, gilt auch nach der Wahl.

Bei der Landtagswahl am 24. November geht es um unsere Zukunft: Um die Altersversorgung, die Gesundheitsversorgung und die Sozialpolitik des Landes. Es geht um die Frage, ob die Tarife für den öffentlichen Verkehr weiterhin so stark steigen.

Politiker, die nur nach Privilegien gieren, gibt es genug. Die Demokratie braucht wieder Prinzipien. Die KPÖ ist eine verlässliche Kraft für alle, die keine finanzstarke Lobby hinter sich haben. Eine solche Kraft ist im Landtag nötiger denn je. Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung.

Ihre Stimme zählt!

Liste 5 – KPÖ

Glaubwürdigkeit kann man wählen!

Landtagswahl Steiermark 24. November 2019

**WAHLKREIS 4
Obersteiermark**

Ing. Renate Pacher
Angestellte, Knittelfeld



Die bestmögliche Betreuung und Pflege ist, was sich alle für sich und ihre Liebsten wünschen. Darum muss Schluss sein mit der Profitmacherei. Eine Entlastung der Beschäftigten in der Pflege führt auch dazu, dass mehr Zeit für die zu pflegenden Menschen bleibt.

**WAHLKREIS 4
Obersteiermark**

Josef Meszlenyi
Nebenerwerbs-Weinbauer, Knittelfeld



In der Landwirtschaft zerstören Agrarkonzerne die Grundlage der bäuerlichen Betriebe. Das ist der falsche Weg. Nachhaltige und regionale Produktion garantiert gesunde Lebensmittel und sichert die Zukunft des ländlichen Raums.

**WAHLKREIS 4
Obersteiermark**

Franz Rosenblattl
Gemeinderat in Mürzzuschlag



Der öffentliche Verkehr gehört massiv ausgebaut, denn auch in den Randgebieten der Steiermark braucht es gute Verbindungen. Die jährliche Tarifierhöhung gehört endlich abgeschafft!

**WAHLKREIS 2
Oststeiermark**

Markus Pendl
Fahrradmechaniker, Feldbach



Für eine saubere, uneigennützig-politische Politik, die die Menschen und die Sicherung ihrer Lebensgrundlagen in den Mittelpunkt stellt, statt die Profitinteressen der Konzerne – dafür steht die KPÖ.

**WAHLKREIS 3
Weststeiermark**

Walter Weiss
Chemiker, Deutschlandsberg



Im Landtag und in den Gemeinden, in denen sie vertreten ist, hat die KPÖ bewiesen, dass sie stets eine verlässliche Kraft an der Seite der Bevölkerung ist. Dafür braucht es diesmal jede Stimme – auch Ihre!

**WAHLKREIS 3
Weststeiermark**

Hilde Tragler
Betriebs- und Arbeiterkammerrätin, Voitsberg



Die Leute arbeiten immer mehr und härter. Die Löhne und Gehälter hinken aber hinterher. Gleichzeitig explodieren die Gewinne und Dividenden. Die KPÖ sagt: Die arbeitenden Menschen dürfen nicht länger die Dummen sein.

IN DER STEIERMARK:

Bitte Hingehen und wählen:
Am 24. November oder
am vorgezogenen Wahltag 15. November.



Landtagswahl 2019: Interview mit Werner Murgg, Abgeordneter der KPÖ im Landtag

Es braucht Menschen mit Rückgrat und Prinzipien!

Die Steirische Volksstimme sprach mit dem KPÖ-Landtagsabgeordneten Werner Murgg über Vorschläge und Ideen der KPÖ. Werner Murgg kandidiert bei der Landtagswahl am 24. November wieder an vorderer Stelle.

Worum geht es der KPÖ im Landtag? Was sind Eure Hauptanliegen?

Werner Murgg: Für uns ist es wichtig, dass es im Landtag eine Stimme gibt, die ohne Wenn und Aber auf der Seite der Menschen steht, die keine Lobby haben, auf Seiten der einfachen Arbeiter und Angestellten und der vielen Pensionistinnen und Pensionisten, die mit jährlichen Pensionserhöhungen weit unter der Teuerungsrate abgespeist werden. Da spielen die Wohnkosten, die Frage der Energiepreise – Strom, Gas, Fernwärme – aber auch die Preise für den öffentlichen Verkehr eine wichtige Rolle. Das sind unsere Themen.

Und natürlich die Gesundheitspolitik. Wenn man SPÖ und ÖVP nicht in den Arm fällt, sind weitere Spitalsabteilungen, ja ganze Spitäler – aktuell im Bezirk Liezen – von der Schließung bedroht. In Leoben wurde bekanntlich gegen unsere Stimmen die Thoraxchirurgie geschlossen und die Unfallchirurgie nach Bruck transferiert.

Bei den Wohnkosten konntet Ihr ja einiges erreichen?

Werner Murgg: Das stimmt. Die SPÖ-Landesrätin Kampus hat die Wohnbeihilfe abgeschafft und durch eine schlechtere Wohnunterstützung ersetzt. Da haben wir die Betroffenen mobilisiert und im Landtag Druck gemacht. Dadurch konnten einige Verschlechterungen zurückgenommen werden. Auch das Thema leistbare Energiepreise bringe ich im Landtag immer wieder

zur Sprache. Es kann nicht sein, dass die mehrheitlich im Besitz des Landes befindliche Energie Steiermark nur auf die Dividende schaut und fallende Strompreise nicht an die Haushalte weiter gibt. Apropos Strompreise: Jeder Haushalt zahlt bei seiner Stromrechnung eine Ökostrompauschale. Die wird immer teurer. In der jüngsten Landtagssitzung wurde die Förderung für die Biomasseanlagen verlängert. Dazu haben wir als einzige Partei nein gesagt. Schon jetzt zahlen die Haushalte rund die Hälfte der Ökostromförderung, obwohl sie nur 25 Prozent des Stroms verbrauchen.

In der Arbeitswelt nimmt der Druck zu, in vielen Branchen ist die Bezahlung miserabel. Was kann man tun?

Werner Murgg: In der Arbeitswelt herrschen vielfach bereits „Wild-West-Methoden“. Unterlaufen der Kollektivverträge, Sozialdumping durch Arbeitskräfte die aus Drittstaaten entsendet werden, unbezahlte Überstunden oder zu wenig Urlaubsgeld gehören vielfach leider zum Arbeitsalltag. Wir haben beispielsweise den 12-Stunden-Tag im Landtag thematisiert und eine Resolution dagegen eingebracht. Obwohl die SPÖ und ihre Gewerkschafter dagegen trommeln, hat die SPÖ unsere Resolution abgelehnt. Einzig und allein aus Angst, dass ihr die ÖVP die Zusammenarbeit aufkündigt. Deshalb ist es ja gerade so wichtig, dass Menschen mit Rückgrat und Prinzipien im Landtag sitzen! Selbstverständlich fordern wir auch einen Min-



WIR LASSEN UNS NICHT KAUFEN!

IN DER STEIERMARK ~~KPÖ~~

destlohn, von dem man ordentlich leben kann.

Derzeit redet alles über die Klimakrise. Was sagt Ihr dazu?

Werner Murgg: Dass sich das Klima ändert – nicht zugunsten der Menschheit – ist evident. Die Frage ist, was man dagegen tun kann. Damit meine ich: Welche Maßnahmen können wir setzen, um die Auswirkungen für die Menschheit möglichst gering zu halten. Eine CO₂-Abgabe als reine Massensteuer lehnt die KPÖ ab. Die einfachen Menschen werden schon genug geschröpft. Was wir brauchen ist ein Ausbau alternativer Energieformen und im Verkehr deutliche Beschränkungen. Ich meine da vor allem den transnationalen LKW-Verkehr. Der gehört Großteils auf die Bahn. Aber hier verbietet uns die EU eine Regulierung. Die Frage ist, was wir im Landtag machen

können: Zum Beispiel billigere Ticketpreise beim öffentlichen Verkehr oder eine andere Raumordnung, bei der das sinnlose Zubetonieren endlich unterbunden wird.

Die SPÖ entdeckt ja gerade das Thema Wohnen und sprudelt nur so vor neuen Ideen...

Werner Murgg: Ein Sprichwort sagt: „Am Abend wird der Faule fleißig!“ Die SPÖ ist bei der letzten Landtagswahl stärkste Partei geworden und hat den Landeshauptmann an die ÖVP verschenkt. Seit vier-einhalb Jahren lässt sie sich von der ÖVP am Nasenring durch die Manege ziehen. Wenn Sie jetzt, ein paar Wochen vor der Wahl, mit neuen Vorschlägen kommt, frage ich mich: Warum habe ich während der letzten Jahre davon nichts gehört? Es gilt auch diesmal: Wer SPÖ wählt, bekommt Schützenhöfer.

STEIERMARK: DURCH AMS-SPERREN DROHT OBDACHLOSIGKEIT

Wer kann von 221 Euro wohnen und leben?

Eine brutale Regelung drängt immer mehr Steirerinnen und Steirer an den Rand der Existenz. Die KPÖ verlangt eine menschliche Lösung.

Wer arbeitet, zahlt in die Arbeitslosenversicherung ein, um im Fall von Arbeitslosigkeit Arbeitslosengeld zu bekommen. Die Regeln, die das System vor Missbrauch schützen sollen, werden jedoch immer härter ausgelegt. Viele Menschen fühlen sich vom AMS unter Druck gesetzt oder schikaniert.

Wenn Arbeitslose AMS-Termine nicht wahrnehmen oder Jobangebote verweigern, drohen ihnen Kürzungen und Sperren des Arbeitslosengeldes. Diese Sanktionen wurden zuletzt so verschärft, dass viele in einer gefährlichen Abwärtsspirale landen.

Viele klagen über unfaire Praxis

Im Beruf von Franziska B.* ist es nicht einfach, Arbeit zu finden. Im Sommer des Vorjahres hatte sie deshalb eine saisonale Stelle angenommen. Heuer sagte die 41-Jährige, dass sie gerne mehr und länger arbeiten wollte. Wenn das nicht möglich ist, müsste sie nebenbei auch etwas anderes suchen. Das Unternehmen wollte das nicht und weigerte sich plötzlich, die Frau überhaupt anzustellen. Das Unternehmen meldete die Aussage der Klientin an das AMS zurück. Das AMS legte Frau B. das als Arbeitsverweigerung aus und belegte sie mit einer sechswöchigen Sperre.

Wegen „Arbeitsverweigerung“ erhielt Mario P. eine Sperre – obwohl er einen Job angenommen hatte. Er ging, wie vorgeschrieben, zu einem Vorstellungsgespräch,



das ihm das AMS vermittelt hatte. Dass er da aber schon eine fixe Jobzusage in einer anderen Firma hatte, gab er dort bekannt. Das legte ihm das AMS als Vereitelung einer vorzeitigen Beendigung der Arbeitslosigkeit aus und sperrte ihm den Bezug.

Auch Angelika P.* kassierte eine Sperre, obwohl sie zum Vorstellungsgespräch ging. „Die Firma hätte mich innerhalb einer Woche einladen müssen, hatte aber keine Zeit“, erzählt sie. Die Firma tat das jedoch erst nach zehn Tagen. Frau P. wurde das AMS-Geld gesperrt – obwohl sie alles richtig gemacht hatte.

„Von solchen Fällen hören wir in unserer Sozialsprechstunde immer wieder und immer öfter“, sagt der Grazer KPÖ-Stadtrat **Robert Krotzer**. Die Zahlen geben ihm recht. Laut AMS gab es von 4.874 Fällen im Jahr 2017 auf einen Anstieg auf 6.289 im Jahr 2018 – alleine in der Steiermark. Oft stecken formale Tücken dahinter

und sorgen für enorme Probleme.

Brutale Situation in der Steiermark

Die Betroffenen verlieren für sechs bis acht Wochen das Arbeitslosengeld. „In der Steiermark wird das für sie zum massiven Problem“, erklärt KPÖ-Landtagsabgeordnete **Claudia Klimt-Weithaler**. In dieser Zeit bekommen sie nur 25 Prozent der Mindestsicherung. „Das sind 221,37 Euro im Monat(!) für Wohnkosten, Strom, Heizung und Lebensbedarf“, kritisiert Klimt-Weithaler: „Davon kann niemand leben.“ Es häufen sich Schulden und Probleme an, die auch einer positiven Arbeitssuche im Weg stehen.

SPÖ-Landesrätin Kampus blockt ab

Wenn eine existenzielle Bedrohung durch den Verlust der Wohnung dazukommt, werden die Betroffenen erst recht nicht in der Lage sein, wieder einen

Arbeitsplatz zu finden. Darum fordert die KPÖ, dass die Wohnkosten auch bei einer AMS-Sperre berücksichtigt werden müssen. Denn niemandem ist geholfen, wenn Menschen ihre Wohnung verlieren! Die zuständige Landesrätin **Doris Kampus** (SPÖ) lehnt ein Einlenken ab.

Die KPÖ bleibt an der Sache dran. „Wie stellt sich eine Sozial-Landesrätin mit einem monatlichen Einkommen von 15.000 Euro brutto eigentlich vor, dass Menschen mit 221 Euro (!) Essen, Miete, Heizung und Strom zahlen können?“, fragt Landtagsabgeordnete Klimt-Weithaler.

*Name geändert



FASD: Der harte Kampf um Unterstützung

Alkohol in der Schwangerschaft kann für die Kinder gravierende Folgen haben. Für FASD, das fetale Alkoholsyndrom, gibt es in Österreich kaum Bewusstsein. Darunter leiden Betroffene und Angehörige, die kein adäquates Angebot an Unterstützung vorfinden.

Frau H. ist eine beeindruckende Frau. Gemeinsam mit ihrem Pflegeenkel A. (Namen der Redaktion bekannt) bewohnt sie seit kurzem ein nettes kleines Häuschen in der Nähe von Fürstenfeld. Auf dem ersten Blick würde man den beiden nie ansehen, welche Strapazen sie schon durchmachen mussten. Frau H. reicht Kaffee und Gebäck aus der örtlichen Konditorei, als sie zu erzählen beginnt. Bei A. wurde FASD, das fetale Alkoholsyndrom diagnostiziert – allerdings erst nach Jahren. A. ist ein 17-jähriger, aufgeweckter Jugendlicher, der nicht von Gleichaltrigen zu unterscheiden ist. Allerdings wächst er mit Problemen auf, die den meisten erspart bleiben: Er ist aufgrund von Alkoholkonsum in der Schwangerschaft geschädigt und wird deshalb nie ein „normales“ Leben führen.

Oft falsche Diagnosen

FASD ist in Österreich aber weitgehend unbekannt, weder in der Gesellschaft noch in der Fachwelt. Oft wird bei den betroffenen Kindern erst ADHS diagnostiziert. Sie bekommen Medikamente wie Ritalin oder werden in Einrichtungen betreut, die nicht ihren Bedürfnissen entsprechen. Frau H. wurde etwa geraten, ihren Enkel einfach in einer Klinik zu lassen. Später wollte man ihn sogar über dubiose Wege zu einer vermeintlichen Betreuung ins Ausland schicken. Frau H. machte da nicht mit. Zwei Jahre lang reiste sie mit ihrem Enkel in einem Campingbus durch ganz Europa. „Das war eine schöne Zeit“, erzählt sie. A. sei vor allem

während den langen Fahrten zur Ruhe gekommen, auch konnte er im Meer schwimmen und seiner Energie freien Lauf lassen.

Die Suche nach einer passenden Betreuung in Österreich blieb allerdings erfolglos, auch nach ihrer Rückkehr. Wenn es einen Platz gab, fehlte es an geschulten BetreuerInnen. Die Beschäftigten in Einrichtungen, die H. und A. ausprobiert haben, waren nicht vertraut mit den Bedürfnissen eines FASD-Betroffenen. A. kann fallweise auch aggressiv werden, etwa, wenn er sich bedroht fühlt. Auch braucht er eine klare Tagesstruktur: So ist A. bei einem Verein untergekommen, wo er auch einfache Arbeiten verrichtet hat, zuerst auf einem Bauernhof, dann Gartenarbeit. Diese Arbeit hat ihn aber unterfordert. Er ist körperlich kräftig und packt gerne an, hat den Willen zum Arbeiten, aber wenig Durchhaltevermögen, so sehr er sich bemüht. Genau hier fehlte es aber an Unterstützung.

Gravierende Probleme

„Obwohl äußerlich nicht oder kaum sichtbar, haben diese Menschen im Alltag mit gravierenden Problemen zu kämpfen. Sie leiden an Entwicklungsstörungen, haben Merk- und Lernschwierigkeiten, eine eingeschränkte Impulskontrolle, neigen zu sozial unangemessenem Verhalten und Hyperaktivität. Ihre Fähigkeit, Handlungen zu planen, ist eingeschränkt, und vielfach können sie aus Fehlern nicht lernen.“ So beschreibt die FASD-Hilfe Austria das Syndrom. Frau H. und ihr Enkel haben mittlerweile im Burgenland eine bessere individuelle Betreuung bekommen. „A. braucht vor allem auch Vorbilder, von denen er ein Sozialverhalten lernen kann“, sagt H. Oft müsse man ihn jeden Tag neu motivieren, damit er seinen Aufgaben nachkommt. Es strengt ihn sehr an, sich auf eine Tätigkeit zu konzentrieren. Obwohl jeder Tag eine Herausforderung darstellt,



Ein Leben in einer Anstalt konnte Frau H. ihrem Enkel ersparen.

hoffen die beiden, dass es mit der Individualbetreuung weiter vorwärtsgeht.

Eines ist Frau H. aber besonders wichtig: Über FASD muss mehr gesprochen werden, damit auch in Österreich endlich ein professioneller Umgang damit geboten werden kann. Ein erster

kleiner Erfolg: Seit Anfang dieses Jahres gibt es Wien die Möglichkeit, eine Diagnose durchführen zu lassen. Zu viele Menschen müssen mit einer falschen Diagnose leben. Es ist auch Frau H. und ihrem Einsatz zu verdanken, dass es hier Aussicht auf Besserung gibt.

— HELFEN STATT REDEN —

**GESUNDHEIT NICHT
KRANKSPAREN**

WENN DU ES WILLST

...

IN DER STEIERMARK 

„Behinderte Menschen haben keine 11 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention: Interview

Herr Ruppe, Sie haben vor einem Jahr anlässlich der Feierlichkeiten zu „10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention“ im Landtag eine viel beachtete, kritische Rede mit dem Titel „Ein Grund zum Feiern?“ gehalten. Was war der Grund Ihrer Kritik? Ist es ein Jahr danach besser?*

Die „UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung“ ist ein einzigartiges, hochzuhaltendes Menschenrechtsdokument. Ich habe sie als „Raketentreibstoff“ bezeichnet, der die Rechte für Menschen mit Behinderung noch lange befeuern wird. Gleichzeitig habe ich damit das Problem angedeutet: Viele Verantwortliche in Österreichs Politik und Verwaltung agieren so, als wäre das Umsetzen der 50 Artikel ein kosmisches Ziel, Lichtjahre entfernt. Ich bin da viel ungeduldiger. Wir sind eines der reichsten Länder der Erde. Hätten wir uns angestrengt, hätten wir das in den letzten 11 Jahren umsetzen können. Ich gebe die Hoffnung nicht auf. Fangen wir heute ernsthaft an, schaffen wir es bis 2030.

Was fehlt?

Es fehlt an politischem Mut, an der Bereitschaft Geld für Menschen mit Behinderung auszugeben und an einem Schulterchluss zwischen Bund und Ländern. Es fehlt an einem echten JA zu Menschen mit Behinderung. Auf die Gefahr hin mich unbeliebt zu machen: es gibt in weiten Teilen der Bevölkerung mittlerweile

mehr Einfühlungsvermögen in das Thema Zusammenleben mit Menschen aus anderen Kulturen als in das Thema Einbeziehung von Menschen mit Behinderung in die Mitte der Gesellschaft, auch Inklusion genannt. Behinderte Menschen sind das letzte große Tabu des 21. Jahrhunderts, österreichweit und weltweit, dazu stehe ich.

Woran liegt das?

Meine Beobachtung ist, dass unsere Gesellschaft, obwohl sie es könnte, einfach nicht die Bedingungen – und das meint oft Gesetze – schafft, die ein Miteinander aller Menschen in allen Lebensbereichen ermöglichen würden. Behinderte Menschen sind nach wie vor „unsichtbar“. Sie leben, nicht selten von schon alten Eltern gepflegt, zu Hause oder abgeschottet in Einrichtungen, nicht mitten unter uns als Arbeitskollegin, Wohnungsnachbar oder Stammtischbesucher. Zum Beispiel, weil das Gasthaus nicht barrierefrei ist. Oder weil es in Österreich kein vernünftiges Gesetz für Persönliche Assistenz gibt, um ein selbstbestimm-

tes Leben in den eigenen vier Wänden leben zu können. Da subventioniert das Land Steiermark lieber eines der weltweit größten Behindertenheime mit 600 Bewohnern in Kainbach bei Graz. Keine Konzepte bis heute, wie das zumindest mittelfristig einmal anders werden soll, da hätte man jetzt schon 11 Jahre lang Zeit gehabt. Die Mitarbeiter in Kainbach leisten zweifellos engagierte Arbeit, aber die gehört in 1:1-Settings umgesetzt, nicht in „Hordenhaltung“, das ist eine Verletzung der Menschenrechte und konventionswidrig.

Warum protestiert keiner?

Weil behinderte Menschen keine Lobby haben in der Gesellschaft. In der Steiermark wenigstens den Verein „Selbstbestimmt Leben“ und die Behindertenanwaltschaft. Aber im Landtag, in den Gemeinderäten, in den Parteien weit und breit niemand mit Behinderung, das werfe ich der Politik auch vor. Angst und Unsicherheit prägen den Umgang mit behinderten Menschen. Wir führen zwar das Wort Inklusion im Mund, wenn wir ehrlich sind, wird uns aber



Mag. Sebastian Ruppe

Foto: Gabi Garb-Konegger

doch etwas mulmig, wenn nebenan ein Mensch mit einer Lernbehinderung einzieht. Mit der Zeit stellt er sich vielleicht als einer der freundlichsten Nachbarn heraus. Dafür müssen wir einander aber kennenlernen können. Auch mit Menschen aus anderen Ländern führt immer nur das gegenseitige Kennenlernen weg vom Vorurteil hin zu echtem Verständnis. Das geschieht im Behindertenbereich zu wenig, weil wir nicht ganz normal miteinander groß werden. Die Steiermark ist zwar Vorreiter



Menschen mit Behinderungen werden von den Einsparungen besonders hart getroffen.

fololia.com riopatuca images

* Rede von Sebastian Ruppe, gehalten am 25.10.2018 im Steiermärkischen Landtag anlässlich der Jubiläumsveranstaltung „10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention“.

Im Wortlaut nachzulesen hier: <https://www.sl-stmk.at/de/aktuelles/meldungen/2018-10-25-Stmk-Landtag-10-Jahre-UN-Behindertenrechtskonvention.php>

Lobby mit Sebastian Ruppe

bei der Schulinklusion, aber flächendeckend ist das noch lange nicht. Warum gehen nicht automatisch in jeden Kindergarten auch Kinder mit Behinderungen? Das wäre gut, vor allem auch für die Kinder ohne Behinderungen, die so spielerisch mit dem Thema Diversität vertraut gemacht werden könnten. Weil wir angeblich kein Geld haben? Das ist schlicht und einfach falsch und nur eine Frage der Umverteilung. Dafür betreiben wir teure Sonderschulen, für mich ein ideologisches Relikt der Vergangenheit. Gleichzeitig verstehe ich Eltern schwer behinderter Kinder, die sagen, nur dort kann meinem Kind die notwendige Aufmerksamkeit und auch Pflege zukommen, die es benötigt. Ja, aber warum stellen wir dann nicht endlich unser Regelschulwesen so aus, dass alle Kinder daran teilnehmen können?

Positives?

Ich bin immer bemüht das Positive zu sehen, auch in meinem eigenen Leben mit einer schweren Behinderung. Mir ist klar, dass ich ein großes Glück habe in Österreich leben zu dürfen. In einem Entwicklungsland säße ich jetzt wahrscheinlich auf dem Boden statt auf einem Rollstuhl. Wer unser Land aber kritisch unter die Lupe nimmt, muss zu dem Schluss kommen, dass wir weit hinter unseren Möglichkeiten zurückbleiben.

Gut ist zum Beispiel in der Steiermark der Rechtsanspruch auf Persönliches Budget für Assistenz im Behindertengesetz. Schlecht ist die Beschränkung der Stunden und der Ausschluss von lernbehinderten Menschen von der Leistung. Und in anderen Bundesländern gibt es gleich gar kein Geld für Persönliche Assistenz. Wir haben in der Steiermark zwar eine tolle Behindertenan-

waltschaft, die vom Land aber personell ausgehungert wird. Wir haben in Graz eine der besten öffentlichen Beratungsstellen für barrierefreies Bauen, gleichzeitig fehlt es an wirksamen Vorschriften für barrierefreies Bauen. Sie können bei uns eine Million Euro in den Umbau eines Lokals investieren und niemand bestraft sie, wenn sie wieder eine Stufe an den Eingang bauen und auf die barrierefreie Toilette vergessen. In Italien und Spanien dürften sie so ein Lokal gar nicht eröffnen. Da sind Brandschutz und Barrierefreiheit vor dem Gesetz gleich wichtig.

Filmtipps für den Weg zu einer inklusiven Gesellschaft:

Hubertus Siegert: Klassenleben (2005), Die Kinder der Utopie (2019)

Mag. Sebastian Ruppe, Jg. 1967, seit 1991 durch einen Badeunfall im Rollstuhl, studierte Spanisch und Germanistik, Ausbildung zum Lebens- und Sozialberater, Gründer des Vereins „Selbstbestimmt Leben Steiermark“, verheiratet, zwei Kinder.

Das heißt, die Menschenrechte der Konvention sind in der österreichischen Gesetzgebung nicht genügend umgesetzt?

Genau. Die Politik führt zwar große Worte im Mund, tut aber zu wenig, um unsere Teilhabe am Leben sicherzustellen. Das funktioniert nun mal über Gesetze und Regelungen, denken Sie an die Frauengleichstellung. Es heißt ja nicht umsonst „Behindertenrechtskonvention“. Ein Recht ist nur dann wirksam, wenn es festgeschrieben ist und seine Verletzung Sanktionen nach sich zieht. Manchmal muss man die Menschen zu ihrem Glück zwingen, das sollte auch liberale Politik langsam verstanden haben. Das Glück bestünde in einer barrierefreien, inklusiven Gesellschaft mit gleichen Chancen für alle Menschen, ungeachtet ihrer sozialen Herkunft. Das sollte uns eigentlich etwas wert sein.

KOMMENTAR



Von Magna-Arbeiterbetriebsrätin Hilde Tragler (GLB)

Auf dem Rücken der Beschäftigten

Es ist noch nicht lange her, da wurde in der Öffentlichkeit über die Einstellung von 3000 Arbeiterinnen und Arbeitern gejubelt. Freilich waren schon damals viele Kosten der Einschulung von der öffentlichen Hand getragen.

Nun sollen in unserem Werk rund 700 Arbeitsplätze abgebaut werden – Kolleginnen und Kollegen, die daran beteiligt waren, den Aufschwung zu erwirtschaften. Aus Sicht des Gewerkschaftlichen Linksblocks hat das Unternehmen eine Verantwortung gegenüber seinen Beschäftigten, egal ob fix angestellt oder über Leiharbeit im Betrieb. Es wäre an der Zeit, dass sich das Management den Kopf darüber zerbricht, wie für die Betroffenen eine Lösung gefunden und die soziale Absicherung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewährleistet werden kann, anstatt sich aus der Verantwortung zu stehlen. Früher gab es im Grazer Puch-Werk mit der Fahrradproduktion ein zweites Standbein. Nun zeigt sich, wie kurzfristig die Aufgabe dieser war. Angesichts der Klimadebatte und der anstehenden Mobilitätswende ist eigentlich allen klar, dass der Boom der Autoindustrie nicht ewig so weitergehen kann und Alternativen gefunden werden müssen.

Hilde Tragler

HELFFEN STATT REDEN

**LEISTBARE MIETE
FAIRER LOHN**

WENN DU ES WILLST

...

IN DER STEIERMARK 

Neue Vorschriften: So kassieren Banken ab

Personalabbau, hohe Spesen trotz Selbstbedienung und jetzt noch die widersinnige Umsetzung einer EU-Vorschrift. Während das Service immer weiter eingeschränkt wird, wird bei den Kunden ordentlich kassiert.

Bank ihr eigenes Süppchen kocht und dabei auch noch das eine oder andere Körbergeld draufschlägt.

Aktuelles Prozedere in Österreich

Während die Bank Austria und die Bawag pushTAN-Codes nach wie vor per SMS anbieten, haben Raiffeisen und Erste Bank diesen Service eingestellt. Sie setzen auf Apps für das Smartphone oder Tablet. Besitzt man kein geeignetes Gerät oder möchte man seine Bankgeschäfte aus diversen Gründen nicht am Smartphone / Tablet erledigen, wird es kompliziert. Diese Kunden benötigen dann ein Zusatzgerät, das diese pushTAN-Codes generieren kann. Dafür setzt jede Bank die Kosten nach eigenem Gutdünken fest.

Smartphone-Zwang

Ein Beschluss der EU (Zahlungsdiensterichtlinie II / PSD2) schreibt seit dem 14. September 2019 eine „Zwei-Faktor-Authentifizierung“ vor. Das heißt, neben einer Verfügerkennung und dem Passwort wurde eine weitere Sicherheitsstufe vorgeschrieben. Allerdings gibt es bei der Umsetzung des EU-Beschlusses keine einheitliche Vorgehensweise der Banken. Das führt dazu, dass jede

Kontoführung: Preisvergleich lohnt sich

Die Gebühren für Bankkonten fallen sehr unterschiedlich aus. Der Preisvergleich zahlt sich aus, da die jährlichen Kontogebühren zwischen Null und mehreren hundert Euro liegen.

Beispiele: Bei der Easybank

gibt es ein gebührenfreies Gehaltskonto.

Das Gehaltskonto bei der Raiffeisen Bank kostet 108 Euro im Jahr. Bei der Sparkasse gibt es Girokonten zwischen 90,44 und 147,60 Euro jährlich.

Den Bankkunden werden Verfahren aufgezwungen, die rechtlich gar nicht erforderlich sind. Bei einigen Banken kann man von einem „Smartphone-Zwang“ sprechen. TAN-Generatoren sind bei einzelnen Banken momentan überhaupt vergriffen. Das ist für Menschen, die kein Smartphone oder anderes geeignetes Gerät besitzen, dieses nicht für Bankgeschäfte nutzen möchten oder technisch nicht versiert sind, ein Problem. Ältere Menschen oder Menschen mit Einschränkungen stehen so vor einem großen Problem. Gleichzeitig wird Personal bei den Filialstandorten abgebaut und die Kunden werden vor Ort für jeden Handgriff eines Mitarbeiters extra zur Kasse gebeten. Bei Stadtbewohnern ist es oft nicht so aufwendig, persönlich bei der Bank vorbeizuschauen. Wohnt man etwas außerhalb, kann schon der Bankweg zum Problem werden.

Spesen und Teuerungen

Während die Banken ihre Kunden dazu erzogen haben, Kontogeschäfte selbst zu erledigen und immer mehr Personal abbauten, wurden diese Einsparungen nicht einmal im Ansatz an die Kunden selbst weitergegeben.

Kontogebühren

Im Gegenteil, die Kontoführungsgebühren steigen weiter an. Nun besitzen manche Banken die Dreistigkeit, bei der Alternative zum Smartphone, dem TAN-Generator, Gebühren aufzuschlagen. Dabei ist es Aufgabe des Geldinstituts, seine Kunden nach dem Stand der Technik innerhalb der geltenden Rechtslage zu schützen. Die Gebühren, die für die Banken selbst für die Umstellung anfallen, sind mit den hohen Kontogebühren mehr als abgegolten. Wir meinen: TAN-Generatoren müssen kostenlos von der jeweiligen Bank zur Verfügung gestellt werden.



Vor 50 Jahren wurde die Bevölkerung beim Weltspartag noch zum Sparen angehalten. Heute gibt's Negativzinsen und gespart wird nur mehr bei den Sozialleistungen.

Neutralität – wichtiger denn je



Mit einem Friedensmarsch zum 26. Oktober, dem Neutralitätsfeiertag ließ die KPÖ in diesem Jahr aufhorchen. Der Einsatz für eine weltweite Friedensordnung ist wichtiger denn je.

Das große Unglück mit dem kleinen Glücksspiel

„Keiner fragt, wo die Leute das Geld hernehmen“

Herr V. hat in zweieinhalb Jahren 50.000 Euro verspielt. Der Grazer sagt, er wurde in den Automaten-salons systematisch süchtig gemacht. Er möchte auf das Problem aufmerksam machen und warnt davor, auf die Werbesprüche der Automaten-aufsteller hereinzufallen.



Herr V. hat viel Geld verloren. Er möchte, dass anderen das erspart bleibt.

„Das Leben hat es gut mit mir gemeint“, sagt Herr V. im Gespräch mit dem Grazer Stadtblatt. Der gebürtige Steirer lebt seit 1979 in Graz und hat 47 Jahre lang gearbeitet. „Ich war nie einen Tag arbeitslos“, betont er. Herr V. ist jetzt in Pension. In seinem Beruf hat er sich im Jahr 2000 selbstständig gemacht

Aus dem Glücksspiel aussteigen!

SPÖ, ÖVP und FPÖ haben im Sommer 2014 das liberalste Glücksspielgesetz Österreichs beschlossen. In der Steiermark können legal 36.000 Euro in einer Stunde (!) an Automaten verspielt werden. Die KPÖ tritt für einen Ausstieg der Steiermark aus dem Automatenglücksspiel ein. Die Geschäftemacherei mit der Spielsucht muss beendet werden. Es hat schon zu viele Existenzen vernichtet und Familien zerstört.

und auch mehrere Lehrlinge ausgebildet. Er ist Familienvater und gläubiger Christ. „Warum gehe ich spielen?“, fragt er sich selbst.

„Als Eva Glawischnig zu Novomatic gegangen ist, habe ich angefangen, mich für die Automaten zu interessieren“, sagt er: „Sie hat sich vorher gegen das Glücksspiel ausgesprochen, deshalb habe ich das für eine seriöse Sache gehalten. Also habe ich mich registriert und eine Spielerkarte erhalten.“

Herr V. hat dann sein Glück an den Automaten probiert und am Anfang einen größeren Betrag gewonnen. Danach hat er keinen nennenswerten Gewinn mehr gemacht, sondern in eineinhalb Jahren 27.000 Euro bei einem Automatenbetreiber verloren. „Die Automaten-salons wissen alles über die Spieler. Wenn es länger keinen Gewinn gibt, erhält man kleine Guthaben, damit man weiterspielt und bei Laune bleibt. Die Spieler werden systematisch süchtig gemacht.“

„Aber keiner fragt, wo die Leute das Geld hernehmen“, sagt Herr V. Er erzählt von anderen Spielern, mit denen er gesprochen hat. Zum Beispiel von einer jungen Frau, die gespielt hat, um ihre Miete bezahlen zu können. Natürlich hat das nicht funktioniert. Eine andere Spielerin hat in einem Grazer Spielsalon über 70.000 Euro in einem Jahr verloren.

Einige Spieler sprechen offen über ihre Verluste und Probleme mit ihrer Familie. Es kommt auch vor, dass Spieler randalieren und Automaten kaputtmachen. Immer wieder kommen auch Suizidgedanken zur Sprache. „Und die Betreuer im Automaten-salon schauen nur zu“, ärgert sich Herr V.: „Der Spielerschutz funktioniert überhaupt nicht. Manche Betreuer verhalten sich korrekt, aber ein Mitarbeiter hat einmal gesagt, dass er keinen bedauert, auch wenn

er den letzten Cent verspielt.“

Die Abneigung gegen die Automaten-konzerne ist immer größer geworden. „Eva Glawischnig hat die Menschen im Stich gelassen. Meiner Meinung nach soll sie sich mit den Spielern, die viel Geld verloren haben, auseinandersetzen und ihre Meinung anhören, statt bei Novomatic unterzutauchen. Mit den Automaten werden sogar Sozialhilfeempfänger abgezockt. Die

Kosten für die Probleme, die dadurch entstehen, muss die Allgemeinheit tragen.“ Sehr verärgert war Herr V. beim Begräbnis von Niki Lauda. „Die Novomatic AG hat sogar das Begräbnis noch zu einer Werbeveranstaltung umfunktioniert. Das ist pietätlos!“

Nach einer Intervention beim „Kundenbetreuer“ eines anderen Spielsalons in Graz wurde Herr V. auf 500 Euro im Monat limitiert.



Einige Wettcafés versuchen Spielsüchtige, die aussteigen wollen, durch die Übermittlung virtueller Euro-Guthaben via SMS wieder zum Spielen zu animieren.

Das Geld war immer schon nach wenigen Tagen weg. Hin und wieder gab es kleine Gewinne. Aber die Gewinne sind zu 95 % unter dem Spieleinsatz. „Man läuft dem Geld immer nach und kann nicht aufhören. Ich will mit dem Spielen aufhören und anderen helfen. Eine wirksame Lösung ist nur, die dunklen Automatenlokale zu meiden. Die meisten Volksvertreter helfen niemandem.“

ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Do. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz. E-Mail: zentralverband@kpoe-steiermark.at

☎ 0316/ 71 24 80 Voranmeldung erbeten.

Rat und Hilfe

für ältere Menschen bei Anträgen um Pflegegeld, Pension.

– Ausfüllen von Formularen.

– Erklärung zur Arbeitnehmeranmeldung (=Jahresausgleich).

– Geselligkeit. Ausflüge, Reisen, Turnen.

Jeden Donnerstag gemütlicher Nachmittag im VOLKSHAUS Graz

VERKEHRTE WELT DER KONZERNE

Kündigungen trotz Rekordgewinnen

Die Zeiten werden härter: Kündigungen bei Magna-Steyr, bei Voest-Alpine Kindberg, bei RHI-Magnesita Trieben. Gleichzeitig steigen die Aktienkurse weiter, die Unternehmensgewinne erreichen Rekordhöhen. Wir leben in einer verkehrten Welt.

Der Konzern RHI-Magnesita meldet gestiegene Gewinne. Die Firma um den österreichischen Milliardär Martin Schlaff haben den Gewinn im ersten Halbjahr um 83 Prozent auf 165 Millionen Euro gesteigert. Die Dividenden steigen.

Die Aktie von Magna International weist einen deutlichen Kurszuwachs von im Schnitt 15,9% pro Jahr aus. Wer vor 10 Jahren Aktien um 10.000 Euro kaufte, hätte jetzt fast 43.720 Euro.

Die Voest Alpine hat im ersten Halbjahr 2019 einen Gewinn von 458,6 Millionen Euro gemacht.

Gleichzeitig kommt es im



RHI-Magnesita-Werk Trieben zu mindestens 40 Kündigungen. Der Fortbestand des Betriebes wackelt.

Bei Magna-Steyr steht ein Personalabbau von 700 Beschäftigten im Raum. Und in Kindberg hat voestalpine Tubulars 125 der 1300

Beschäftigten zur Kündigung angemeldet.

Gewerkschaft und Politiker reagieren auf diese Einschnitte mit den üblichen Maßnahmen: Man kündigt Schulungen an, schaltet das AMS ein und nimmt die Unternehmensentscheidungen hin.

Kein Schicksal

Das Zusammenspiel von hohen Aktienkursen und Rekordgewinnen mit dem Abbau von Arbeitsplätzen ist aber kein unabwendbares Schicksal. Es hat mit unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu tun. Das spricht aber fast niemand mehr aus.

Die KPÖ spricht es aus: Drei Beispiele

„Unsere Arbeitsplätze im Ort und die Zukunft unserer Betriebe dürfen nicht von den Launen des US-Präsidenten und vom aktuellen Stand der Handelskriege abhängen.“ Das sagt der Kindberger KPÖ-Gemeinderat Mario Zver zur Ankündigung von voestalpine Tubulars, 150 Beschäftigte zur Kündigung anzumelden und 50 weitere auf andere Arbeitsplätze auch an anderen Standorten zu versetzen: „Mehr privat, weniger

Staat: Das kann für die Menschen auch negative Folgen haben.“

Betriebe retten

Der Triebener KPÖ-Gemeinderat Michael Jansenberger weist darauf hin, dass RHI zum Machtbereich des Milliardärs Martin Schlaff gehört, erinnerte an die Rekordgewinne des Konzerns und machte einen Vorschlag: „Genauso wie die Bürgerinitiative für die Rettung der Spitäler im Bezirk Liezen Spitäler müssten wir jetzt für die Rettung des RHI-Standortes Trieben vorgehen. Um unsere Arbeitsplätze müssen wir kämpfen.“

Und die Magna-Betriebsrätin Hilde Tragler betont: „Auf der Strecke bleiben zuerst die Leiharbeiter, die als bloße Manövriermasse behandelt werden. Es wäre längst angebracht, sie in die Stammbesellschaft aufzunehmen. Die Automobilindustrie ist in der Krise. Allein auf dieses Segment zu setzen, wäre kurzsichtig. Es ist an der Zeit, über neue Produktionsbereiche nachzudenken.“

Das sind konkrete Vorschläge. Sichere Arbeitsplätze wird es auf Dauer aber nur dann geben, wenn die Entwicklung der Betriebe nicht mehr von den Aktienkursen und dem Drang nach Maximalprofit bestimmt wird. Solange das nicht geschieht, leben wir weiter in einer verkehrten Welt.

Zahlungen für Atomindustrie einstellen!

Obwohl sich Österreich für immer von der friedlichen Nutzung der Atomenergie verabschiedet hat, wollen SPÖ und ÖVP partout nicht aus dem EURATOM-Vertrag austreten. Euratom verpflichtet Österreich jährlich zur Zahlung von 40 Millionen Euro. Ein Antrag der KPÖ wurde im Landtag nur von den Oppositionsparteien unterstützt.

HELFFEN STATT REDEN

EINE ANDERE WELT IST MÖGLICH

WENN DU ES WILLST

...

IN DER STEIERMARK ~~KPÖ~~

FREIER ENTRITT!

Laut gegen Nazis,
Rassismus und die
soziale Kälte.
Graz sucht den besten
Protestsong 2019!



9. GRAZER PROTEST- SONGCONTEST

★

22. NOVEMBER • 20 UHR • VOLKSHAUS GRAZ

KJÖ & KSV

Anmeldungen bis 19.11. 2019
Per E-Mail: graz@kjo.at
Per Privatnachricht auf Facebook: [kjoesteiermark](https://www.facebook.com/kjoesteiermark)



KPÖ

1919 KPÖ FOHNSDORF 2019

100

EIN FEST ZUM 100. GEBURTSTAG
MIT CLAUDIA KLIMT-WEITHALER UND ERNEST KALTENEGER
AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG *STREIFLICHTER*

MUSIKALISCHE UMRÄHMUNG:
BERGKAPELLE | DIE BREITENEGGER | KARACHO MIT KIRSCH

9. NOVEMBER 15 UHR
FOHNSDORF RESTI JOSEFIPLATZ 3

Bei Problemen am Arbeitsplatz:



GLB-KPÖ-Servicetelefon
0677/612 538 99

KULTUR FÜR ALLE



LESUNG
Omar Khir Alanam:
»Dank! Wie Österreich meine
Heimat wurde.«
Austrofred:
»Pferdeleberkäse«

**FREITAG,
15. NOVEMBER,
19 UHR**

KONZERT
Musigranten
AUSTROFRED
Karacho mit Kirsche



VOLKSHAUSGRAZ
KPÖ-BILDUNGSVEREIN,
LAGERGASSE 98A

**KPÖ
BILDUNGSVEREIN**

<http://kpoe-bildungsverein.at/>

PROGRAMM

Alle Veranstaltungen, wenn nicht
anders angegeben, im Volkshaus
Graz, KPÖ-Bildungszentrum,
Lagergasse 98a

Tel. 0316 / 71 29 59
bildungsverein.kpoe-steiermark.at

www.volkshaus-graz.at

VOLKSHAUSGRAZ
LJUDSKIDOMGRADec

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Steirische Volksstimme, Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316 / 71 62 91. E-Mail: georg.fuchs@stmk.gv.at

Ursachen für den Tod auf den Straßen

Während angesichts der aktuellen Serie von schrecklichen Verkehrsunfällen (die ja keine Einmaligkeit darstellt!) in den Medien und der Politik Entsetzen zwar kurz gezeigt oder aber auch nur „geheuchelt“ wird, geht die Heroisierung des Motor-Rennsports sowie deren Repräsentanten ungebremst weiter.

Längst sollte den Verantwortlichen auf allen Ebenen klar sein, dass zwischen der zahlenmäßigen Höhe und Schwere der Verkehrsunfälle und der

Stimulanz zur Geschwindigkeit und „Heldenhaftigkeit“ der Akteure des sogenannten „Motorsports“ ein klarer Zusammenhang besteht.

Die Straße und die Spitäler sind mittlerweile die gefährlichsten Orte, in welchen sich der Bürger aufhalten muss und denen er nur begrenzt ausweichen kann.

Wer selbst einmal einen Unfall mit mehreren Toten erlebt hat bzw. innerhalb der Verwandtschaft oder im Freundeskreis Verkehrstote oder das Schicksal des Schwerverletzten erlebt hat, wird dem Motorrennsport und

seinen fatalen Folgen nichts mehr abgewinnen können – im Gegenteil! Die volkswirtschaftlichen Nachteile überwiegen längst den technischen Fortschritt, den der Motorsport einmal zweifelsfrei mit sich gebracht hat, und geht schon lange in die falsche Richtung einer Übermotorisierung, Hochgeschwindigkeit etc.

Das menschliche Leid und die Umweltbelastungen (Lärm und Schadstoffemissionen etc.), der Ressourcenverbrauch sowie die damit verbundenen negativen Auswirkungen auf das Klima etc. sind verheerend.

Es ist höchste Zeit, dass die Menschheit (bei ca. 1,5 Mio. Verkehrstoten pro Jahr weltweit, und mehr als die Hälfte davon unschuldig!) aufwacht und u.a. vor allem restriktivere Geschwindigkeitsbeschränkungen z.B. zw. 100/ 110 km/h auf Autobahnen und 80- 90 km/h auf den übrigen

Straßen verordnet. Dies ist durch ein allmähliches Verbot bzw. Erschwernis für den Motorsport leichter erzielbar. Dafür ist Mut von uns allen gefragt und nicht Tollkühnheit auf den Straßen!

Die Medien sind m.E. besonders gefordert, denn sie vermitteln durch die „Bilder“, die sie präsentieren, eine tödliche Faszination, insbesondere für einfachere Gemüter. Diese Bilder werden dann im realen Leben auf der Straße ausgelebt.

Es sollte einer vernünftigen Autofahrerschaft zumutbar sein zu erkennen, dass bei einer durchschnittlichen Fahrtstrecke über Land von ca. 80-100 km und innerorts 3-8 km die tatsächlichen Zeitverluste durch reduziertes Tempo minimal sind, die Entspanntheit und Sicherheit dafür aber hoch.

Ein „Verzicht“ auf unangemessen überhöhte Geschwindigkeiten mit einer extremen Gefährdung unschuldiger Verkehrsteilnehmer ist ein Gebot der Stunde und eine Aufforderung, bereits jetzt freiwillig auf die zzt. zulässigen Höchstgeschwindigkeiten zu verzichten bzw. diese jedenfalls nicht zu überschreiten.

Arch. DDI Dr. H. Hoffmann
(ehem. Raum- u. Verkehrsplaner)

Grazer Pflegemodell für die Steiermark?

Niemand soll aus Kostengründen gezwungen sein, in ein Pflegeheim zu gehen. Das ist der Grundgedanke eines neuen Tarifmodells für mobile Pflegedienstleistungen in Graz. Eingeführt wurde es von KPÖ-Stadtrat Robert Krotzer. Die KPÖ möchte das Modell auf die ganze Steiermark ausweiten, die Landesregierung bremst aber.

Lange Zeit waren viele Men-

schen aus finanziellen Gründen gezwungen, ins Heim zu gehen, weil sie sich die mobilen Pflegedienste (Hauskrankenpflege, Pflegeassistenz oder Heimhilfe) nicht leisten konnten. Dabei wären sie gesundheitlich durchaus in der Lage, zuhause zu leben. Seit 1. Juni 2018 schafft in Graz ein Zuzahlungsmodell Abhilfe.

Die KPÖ möchte die Ein-

führung für das gesamte Land Steiermark.



Sagen Sie uns Ihre Meinung! Unter den Einsendungen verlosen wir kleine Buch- und Sachpreise

Pflege zuhause: Niemand soll aus Kostengründen gezwungen sein, in ein Pflegeheim zu gehen. Soll das Grazer Zuschussmodell landesweit gelten?

- JA, so können die Pflegebedürftigen mit mobiler Betreuung länger zuhause bleiben, wenn sie es möchten.
- NEIN, wer nur eine Mindestpension hat, soll auch keine Ausgleichszahlung bekommen.

Gedanken und Anregungen:

Informieren Sie mich kostenlos und unverbindlich zur Politik der steirischen KPÖ – Zusendung Volksstimme und Landtags-Infoblatt.

Name:

Adresse, E-Mail:



An die

STEIRISCHE
Volksstimme

Claudia Klimt-Weithaler
Landhaus, Herrengasse 16
8010 Graz

Fax: 0316 / 877 51 08
E-Mail: kpoe-ltk@stmk.gv.at

Freihandel und Hühnerfleisch

In der letzten Steirischen Volksstimme haben wir gefragt, ob der freie Warenverkehr in der EU Vorrang vor Umweltbedenken haben soll. Alle Einsendungen haben zum Ausdruck gebracht, dass der Freihandel nicht das Maß der Dinge sein darf.

Frau Christine Straßegger, Breitenau, schreibt: „Ich bin der Meinung, wir sollten mehr österreichische Lebensmittel kaufen und essen. Es geht auch um unsere Arbeitsplätze.“

RAT UND HILFE IN MIET- WOHNUNGSFRAGEN

Mieterschutzverband
Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30

Sprechstunden – Bitte
um telefonische Voranmeldung!

www.mieterschutzverband.at





Tiere suchen ein Zuhause

TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten... Die Tierheime des Landestierschutzvereins.

Murtal, Murweg 3, 8723 Kobenz,
Tel. 03512 / 49575
Graz, Grabenstraße 113, Tel. 0316 / 68 42 12

www.landestierschutzverein.at



LEROY: Ich bin ein 2012 geborener Staffmischling, sehr lieb zu den Menschen und hoffe ein Zuhause zu finden, wo man mich liebevoll aufnimmt. Andere Hunde mag ich eher weniger, da habe ich wohl viele negative Erfahrungen gesammelt. Ich bin ein sehr aufmerksamer und lernwilliger Hund und hoffe jemanden zu finden, wo ich endlich ankommen darf. Für jegliche Art der Zuwendung bin ich unendlich dankbar – ein wahrer Freund fürs Leben!



NEA: Ich bin eine süße Schäfer-Mischlingsdame und im Tierheim gelandet, da ich eifersüchtig auf den Familienzuwachs war. Geboren bin ich Mai 2014 und verträglich mit anderen Hunden je nach Sympathie. Laut meinen Pflegern bin ich eine ausgesprochen liebe Hündin, die Sehnsucht nach einer neuen Familie hat.

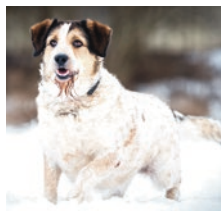


MADOX: Ich bin ein wunderschöner Rottweilerrüde, geboren im Jänner 2014. Ich habe meinen Platz verloren, da sich die Lebensumstände meines Besitzers verändert haben. Ich bin ein sehr folgsamer, ruhiger und lieber Kerl. Bei anderen Hunden entscheidet die Sympathie. Wer gibt einem tollen Kerl wie mir ein Zuhause für immer?



Musher, aufgepasst! JACK & ALEX:

Wir sind ein Husky-Geschwisterpaar und sehr aktiv. Geboren sind wir im November 2015, waren bisher immer zusammen und möchten es auch gerne bleiben! Da wir wahnsinnig gerne arbeiten würden, wäre ein Musher ideal! Bisher haben wir überwiegend im Freien gelebt, nachdem wir uns sehr gut mit anderen Hunden verstehen würden wir uns vermutlich auch in ein kleines Rudel integrieren. Wer möchte ein tolles Gespänn wie uns bei sich aufnehmen?



KIRA: Ich bin eine entzückende Steirische Rauhaarakendame. Geboren bin ich Anfang 2013 und habe meinen Platz verloren, weil mein Besitzer verstorben ist. Ich bin eine wirklich nette, ruhige Hündin und bin verträglich mit anderen Hunden. Selten findet man einen so unkomplizierten und einfachen Hund wie mich! Ich kam mit starkem Übergewicht ins Tierheim, habe abgespeckt und starte nun mit Elan und Tatendrang in mein neues Leben.



MURPHY: Ich bin ein entzückender, wunderschöner Mischlingsbub, gut kniehoch und geboren bin ich im Februar 2018. Anfangs bin ich bei Fremden etwas zurückhaltend, brauche ein bisschen, bis ich Vertrauen gefasst habe. Habe ich jemanden in mein Herz geschlossen, so bin ich ein treuer, liebenswerter Freund fürs Leben. Ein Platz bei Menschen mit Hundeerfahrung wäre ideal für mich. Nun hoffe ich auf nette Menschen, die viel Zeit für mich haben, denn ich will gefordert werden. Andere Hunde mag ich.



SHELLA und MAX: Wir sind zwei entzückende Pumi-Mischlinge. Wir haben unser Zuhause verloren, da unsere Besitzer mit uns überfordert waren. Deshalb sind wir nun im Tierheim und auf der Suche nach einem Platz, wo wir auch für immer bleiben dürfen! Geboren sind wir 2010 und 2012, beide aktiv, kennen Kinder mit anderen Hunden. Großteils verträglich, und kastriert sind wir auch!



SPEEDY: Ich kam ins Tierheim, weil dort, wo ich bis jetzt gelebt habe, keine Hunde erlaubt sind. Geboren Juni 2018, kastriert. Anfangs bin ich schüchtern, habe ich jemanden in mein Herz geschlossen, so bin ich ein treuer Begleiter fürs Leben. Nachdem ich Hummeln im Hintern hab, wünsche ich mir eine aktive Familie, die viel mit mir unternimmt! Mit anderen Hunden bin ich meist verträglich.

Tierschutzvolksbegehren – jetzt unterschreiben!

Haben Sie schon das Tierschutzvolksbegehren unterschrieben? Die KPÖ mit Elke Kahr und Robert Krotzer aus Graz sowie Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler hat das schon gemacht.



Unterschrieben werden kann das Tierschutzvolksbegehren auf Ihrer Gemeinde oder ONLINE mit der Bürgerkarte!

Informationen und Adressen zu Arbeit, Gesundheit, Soziales, Behinderung, Gewalt, Scheidung, Pension, Sucht, Pflegegeld, Umwelt, Verkehr, Wohnen...

Der Sozialratgeber kann kostenlos beim Gemeinderatsklub der KPÖ Graz (0316/872-2153) bestellt werden. Die PDF-Version steht auf www.kpoe-graz.at zum Download zur Verfügung.



Wo Ferien noch Ferien sind

Schöne Ferienwohnungen Nähe Bad Radkersburg zu vermieten. **Natur pur.** 10.000 Bücher, Radlerparadies. Viel Ruhe. Zwei Thermalbäder in der Nähe.

3 Komfort-Ferienwohnungen (93 bzw. 63 qm) für 2 bis 5 Personen, nicht teuer. Christel und Dietrich Kittner-Stiftung

<https://hollerhof.at> • Tel. 034 76/20 525.



Notruf 0316/877 5102

Helfen statt reden.
Mit Rat und Tat!

KPÖ

Wir beraten Sie gerne.
Tel. Anmeldung erbeten. Graz, Landhaus

Claudia Klimt-Weithaler

KPÖ

HINSCHAUEN,
ZUHÖREN,
DAS RICHTIGE TUN.

Verändere das Land, weil Du es kannst.

IN DER STEIERMARK  **KPÖ**